

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde

Mit einem großen ehrenamtlichen Engagement haben viele der ca. 15000 Bewohner des Klausnerplatzkiezes hier ein in seiner Vielfalt bemerkenswertes kulturelles und soziales miteinander geschaffen.

Eine beispielhafte Erfolgsgeschichte die 1999 begann und mit ihren den Gemeinsinn fördernden Aktivitäten für viele diesen Kiez zu ihrem zu Hause werden ließ.

Das ist mit der Aufhebung des Mieterschutzes 2003 durch den damaligen und heutigen Baustadtrat Gröhler unterstützt von CDU/FDP und SPD schleichend in Frage gestellt.

Immer mehr alteingesessene Familien und ältere Mitbürger können sich die immer höher werdenden Mieten nicht mehr leisten. Aber auch die Umwandlung von Miet in Eigentumswohnungen sorgt für diese Verdrängung.

Dies kann sich noch verstärken, wenn die angedachte energetische Sanierung hier im Gebiet ohne Einbindung der Betroffenen geschieht. Hier werden wir das Bezirksamt auffordern, dass keine neuen Maßnahmen ergriffen werden ohne dass vorher in Bürgerversammlungen diese vorgestellt und mit den betroffenen auf ihre Auswirkungen hin diskutiert werden.

Denn was wir nicht wollen, ist eine Sanierung die den sanierten Wohnraum für die jetzigen Mieter unbezahlbar macht und eine neue zusätzliche Verdrängung aus der gewohnten und in ihr verwurzelten Umgebung zu Folge hat.

Damit das neue Bezirksamt dies auch so umsetzt brauchen wir ihre Stimme. Mit ihrer Stimme stärken sie uns und unser Ziel. Keine Verdrängung durch jedwede Sanierung ob nun energetisch oder gezielte Luxussanierung.

Denn auch bei Luxussanierungen werden wir alles tun, damit auf Landesebene möglichst ein genehmigungsverfahren für solche Vorhaben eingeführt wird.

Aber nicht nur das Wohnen im Klausnerplatzkiez ist uns wichtig. Wir haben im Bildungsbereich die kostenlosen KITA Jahre für sie durchgesetzt.

Wir haben das Jahrgangsübergreifende lernen eingeführt das ja gerade in der Nehring Grundschule vorbildhaft und zum Vorteil der Kinder hier im Kiez umgesetzt wird.

Wir haben zwar nicht erreicht, dass eine Gemeinschaftsschule in diesem Kiez entstehen konnte aber als integrierten Sekundarschule bietet die Oppenheim Schule die nun den Namen Schule am Schloss tragen wird für allen die Möglichkeit jeden Schulabschluss bis zum Abitur abzulegen.

Damit wird den Kindern der Stress genommen unbedingt den Sprung auf Gymnasium zu schaffen um das Abitur machen zu können. Egal ob die Schülerin oder der Schüler von Anfang an weiß was sie oder er will oder als sogenannter Spätzünder merkt, dass er mehr kann als er bisher geleistet hat. Wir denken, das ist ein erster Schritt in Richtung gleiche Chancen für alle auch in der Schule.

Aber wir wollen auch den Rückstau bei den Renovierungen und Sanierungen der Schulgebäude der durch die Sparmaßnahmen im Bezirk entstanden sind abbauen.

Wir werden die im Bezirk dazu fehlenden 60 Millionen Euro zwar nicht sofort und in ihrer gänze einfordern, aber vom Bezirksamt ein Konzept verlangen das den Abbau verbindlich darstellt.

Was wir sofort im kommenden Haushalt eingestellt wissen wollen sind 4 Millionen Euro die für die Behebung von festgestellten Sicherheitsmängeln in den Schulen des Bezirkes gebraucht werden.

Eine Betrag der auf einer Erhebung des Bezirksamtes beruht die in den letzten Wochen bekannt wurde.

Auch hier geht es nicht ohne ihre Stimme für die Linke, damit wir unsere Kinder in Schulen schicken können in denen man sich wohlfühlen alle Schulabschlüsse erreichen kann und die den Sicherheitsstandards gerecht werden.

Es gibt viele Probleme die man hier nennen und deren Behebung man einfordern muss. Für den Klausner Platz Kiez ist aber aus unserer Sicht das Verkehrsproblem ein noch nicht richtig gelöstes.

Hier wurden in der Vergangenheit schon viel diskutiert, einzelne punktuelle Verbesserungen eingeführt oder in die bezirkliche Planung aufgenommen,

aber es fehlt ein mit den Initiativen und den Bürgern diskutiertes Gesamtkonzept für den Kiez mit dem alle vielleicht auch mehr oder weniger zustimmend leben können.

Hier hier ist es Notwendig die Bürgerbeteiligung in diesem Kiez auch auf dieses Thema zu Fokussieren, damit die BVV und das Bezirksamt abgestimmte Vorgehensweisen umsetzen kann. Ihre Stimme für die Linke ist auch hier eine Stimme für mehr Bürgerbeteiligung. Nicht nur über Bürgerversammlungen sondern auch über die Fraktion damit auch in den Fachausschüssen ihre Meinung zum Tragen kommt.

Was überhaupt nicht vergessen werden darf ist das Geld und damit der neue Haushalt. Hier fehlen dem Bezirk schon jetzt 16 Millionen Euro. Wir werden das Bezirksamt nicht aus der Verantwortung lassen, diese 16 Millionen Euro vom Finanzsenator einzufordern,

auch vor dem Hintergrund, dass der Stabilitätsrat des Bundes in seiner Sitzung vom 23.Mai dem Land Berlin attestiert hat, dass eine Haushaltsnotlage droht und Berlin nun in dessen nächster Sitzung voraussichtlich am 17. November zusätzliche Sparmaßnahmen vorlegen muss.

Die Kommunalen Verwaltungen müssen endlich Land und Bund darauf aufmerksam machen, dass hier kein wirkliches Ausgabenproblem, sondern ein Einnahmeproblem herrscht.

Ich für meinen Teil kann da nur sagen, solange der Bund den Ländern nicht die ihnen gesetzlich zustehenden Steuereinnahmen aus der Vermögenssteuer zubilligt. Nur weil der Bund das Gesetz nicht im Sinne der Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes korrigiert

– das wären für Berlin bei einer Besteuerung von einem Prozent auf alle Vermögen in Höhe von 500.000 Euro selbstverständlich nach Abzug aller Schulden 1 Milliarde Mehreinnahmen –

kann man den Ländern keine Haushaltsvorgaben machen.

Auch hier muss mehr soziale Gerechtigkeit her. Denn nicht im Bund muss Geld vorhanden sein sondern in den Kommunen. Damit sie dem Bürger und nicht wie im Bund den Banken und wem auch immer ohne sichtbaren Nutzen für den Bürger verbraucht werden.

Auch darum ist es wichtig und für mich auch richtig DIE LINKE zu wählen.

Ich danke ihnen für ihre Aufmerksamkeit.